

Protokoll:	Beteiligungsbeirat des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	13
		TOP:	2
Verhandlung		Drucksache:	GRDRs 708/2022
		GZ:	AKR-0322-00
Sitzungstermin:	23.11.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	EBM Dr. Mayer		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Frau Schmidlin		
Betreff:	Ausgestaltung des Bürgerrats Klima		

Die Fachverwaltung stellt ihr Beteiligungskonzept anhand einer Präsentation vor. Diese wird ausschließlich digital zur Verfügung gestellt.

Zum Beteiligungskonzept gibt der Beteiligungsbeirat folgende Anregungen:

- Frau StRin Hübsch (PULS) regt an, für Teilnehmende mit betreuungspflichtigen Kindern eine Kinderbetreuung anzubieten.
Die Fachverwaltung gibt an, eine Kinderbetreuung bereits eingeplant zu haben.
- Herr NN 1 (Mitglied der Stadtverwaltung – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) fragt nach, ob die Mitglieder des Bürgerrats wissen, wie mit ihren Empfehlungen umgegangen wird.
Die Fachverwaltung erläutert dazu, dass der Gemeinderat zugesagt hat, zu begründen, welche Empfehlungen er annimmt und welche nicht.
- Herr NN 2 (sachkundiger Einwohner – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) fragt nach, wie die Information der Teilnehmenden und die Qualität des Prozesses gesichert werden können.
Die Fachverwaltung erläutert dazu, dass es zu Beginn des Verfahrens eine Lernphase gibt, in der die Teilnehmenden u.a. durch Input von Expert*innen für den Bür-

gerrat befähigt werden sollen. Zudem werden zunächst in einem Zwischenschritt vorläufige Empfehlungen erarbeitet, die Teilnehmenden haben dann die Möglichkeit noch einmal tiefergehende Informationen einzuholen, um zu qualifizierten endgültigen Empfehlungen zu kommen.

- Frau NN 3 (Mitglied der Stadtverwaltung – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) ermuntert die Verwaltung zu dem geplanten Vorgehen und hält das Konzept für gut durchdacht. Sie regt an den Bürgerrat um eine Kinderbeteiligung zu ergänzen, ggf. in Verbindung mit der angebotenen Kinderbetreuung.
- Herr StR Pitschel (Grüne) wundert sich darüber, dass die Teilnehmenden des Bürgerrats anonym bleiben sollen und die Sitzungen nichtöffentlich stattfinden, da Transparenz ansonsten ein zentraler Aspekt im gesamten Verfahren ist. Die Fachverwaltung erläutert, dass die Teilnehmenden anonym bleiben sollen, um sie vor externem Druck zu schützen. Sofern die Teilnehmenden zustimmen, werden deren Namen nach Abschluss des Verfahrens veröffentlicht. Im Hinblick auf die Nichtöffentlichkeit der Sitzungen gibt die Verwaltung an, alle Vorträge von Expert*innen und Stakeholdern sowie Unterlagen, die Teilnehmenden erhalten, auf der Webseite des Bürgerrats zu veröffentlichen. In diesem Zusammenhang regt Herr NN 4 (Mitglied der Stadtverwaltung – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) an, die Öffentlichkeit mit kurzen Zwischenberichten im Nachgang zu den jeweiligen Terminen zu informieren.
- Herr NN 5 (sachkundiger Einwohner – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) fragt nach, ob bereits feststeht in welchen Stadtteilen die geplanten Bürgercafés stattfinden. Die Verwaltung erläutert, dass dies noch nicht feststeht, derzeit aber finanzielle Mittel für vier Bürgercafés zur Verfügung stehen. Gleichzeitig betont die Fachverwaltung, dass sie noch versucht weitere finanzielle Mittel für weitere Bürgercafés zu akquirieren.
- Herr NN 1 (Mitglied der Stadtverwaltung – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) merkt an, dass die Klimaziele ehrgeizig sind und mutige Dinge getan werden müssen, um sie zu erreichen. Seiner Ansicht nach sollen die Teilnehmenden ermutigt werden, zu kräftigen und markanten Lösungen zu kommen. Herr StR Urbat (Die FrAKTION) merkt dazu an, dass bereits durchgeführte Bürgerräte gezeigt haben, dass die Teilnehmenden mutige Empfehlungen erarbeiten. Herr NN 4 (Mitglied der Stadtverwaltung – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) merkt in diesem Zusammenhang an, dass ggf. durch den Input von Stakeholdern und Expert*innen markante Lösungen vorgeschlagen und vom Bürgerrat aufgegriffen werden.

Zur Zufallsauswahl gibt der Beteiligungsbeirat folgende Anregungen:

- Frau NN 6 (sachkundige Einwohnerin – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) äußert die Sorge, dass der Fragebogen, den Interessierte ausfüllen sollen abschreckend wirken kann und ein Gefühl des Ausfragens erzeugen kann, auch durch die Zweistufigkeit des Verfahrens. Herr StR Perc (SPD) teilt die Bedenken, insbesondere dann, wenn Interessierte nicht zum Zuge kommen. Er rät dazu den Fragebogen zu verschlanken und Daten, die ggf. aus dem Einwohnermelderegister gezogen werden können, nicht abzufragen.

Die Fachverwaltung erläutert, dass sie sich für dieses Standardverfahren für die Zufallsauswahl von Bürgerräten entschieden hat. Der Fragebogen und damit die Abfrage der weiteren Kriterien wird deshalb gebraucht, um die Stadtgesellschaft bestmöglich abbilden zu können. Des Weiteren erläutert die Fachverwaltung, dass sich aus dem Einwohnermelderegister das Alter und das Geschlecht ermitteln lassen können. Herr StR Urbat (Die FrAKTION) weist darauf hin, dass aufgrund der Wohnadresse auch der jeweilige Stadtbezirk ermittelt werden kann. Es sind zudem zwingend Datenschutzhinweise zu geben und der Datenschutz einzuhalten. Herr NN 4 (Mitglied der Stadtverwaltung – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) regt zudem an, eine Rückfragemöglichkeit für Interessierte anzubieten.

- Herr NN 1 (Mitglied der Stadtverwaltung – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) findet die geäußerten Bedenken nachvollziehbar bekräftigt jedoch, dass die Zusammensetzung eine wichtige Rolle spielt und dies nicht nur über das Einwohnermelderegister geklärt werden kann. Er schlägt vor, die erste Interessensbekundung bereits mit einigen wenigen Fragen zu verknüpfen. Herr NN 1, Herr StR Pitschel (Grüne), Herr StR Urbat (Die FrAKTION) und Herr NN 4 (Mitglied der Stadtverwaltung – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) sind sich zudem einig, dass transparent und nachvollziehbar erklärt werden muss, warum die die Daten erhoben werden.
- Herr StR Dr. Reiners (CDU) weist darauf hin, dass bei der letztendlichen Zusammensetzung des Bürgerrat Klima nicht von Repräsentativität gesprochen werden kann, mit dem Verfahren kann lediglich annähernd eine Repräsentativität erreicht werden. Herr StR Pitschel (Grüne) begrüßt die Größe der Stichprobe von 6.000 Einwohner*innen, teilt jedoch ebenfalls die Ansicht, dass bei der letztendlichen Zusammensetzung nicht von Repräsentativität gesprochen werden kann. Seiner Ansicht nach handelt es sich bei dem Vorschlag um den besten Weg die Vielfalt der Stadtgesellschaft abzubilden.
Die Fachverwaltung stimmt zu, dass eine Repräsentativität der Teilnehmenden im Bürgerrat nicht erreicht werden kann. Ziel des Bürgerrats ist es, die Vielfalt an Perspektiven der Stadtgesellschaft darzustellen.
- Herr StR Pitschel (Grüne) fragt nach, wie die Zufallsziehung im Hinblick auf die Quotierung abläuft. Zudem möchten er und Herr NN 5 (sachkundiger Einwohner – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) wissen, mit welcher Rückmeldequote die Verwaltung rechnet.
Die Fachverwaltung erläutert, dass das Statistische Amt ein zufallsbasiertes Auswahlverfahren entwickelt hat. Die Rückmeldungen aller Interessierten werden dort eingespeist, je nach Alterskohorte werden dann zufällig Teilnehmende entsprechend der Zielwerte (siehe hierzu Anhang zu Anlage 3 der GRDs 708/2022) gezogen. Zudem gibt die Verwaltung an, dass sie aufgrund der Erfahrung aus anderen Verfahren mit einer Rückmeldequote von fünf bis zehn Prozent rechnet.
- Frau StRin Hübsch (PULS) regt an, die Termine des Bürgerrats bereits mit dem Einladungsschreiben zu kommunizieren.

Die Fachverwaltung gibt an insbesondere das Einladungsschreiben nochmal im Hinblick auf die Anregungen aus dem Beteiligungsbeirat zu prüfen und anzupassen.

Zu den Grundsätzen für den Bürgerrat Klima gibt der Beteiligungsbeirat folgende Anregungen:

- Herr NN 2 (sachkundiger Einwohner – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) fragt nach, ob die Teilnehmenden die Grundsätze von Beginn an erhalten. In diesem Zusammenhang regt er an, diese noch einmal entsprechend in einfacher und verständlicher Form aufzubereiten.
Die Fachverwaltung merkt an, die Grundsätze noch einmal zu überarbeiten und in einfacher und verständlicher Form aufzubereiten und aus Transparenzgründen zu veröffentlichen.

Der Beteiligungsbeirat hat vom Beteiligungskonzept Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Schmidlin

Verteiler:

- I. Referat S/OB
zur Weiterbehandlung
Stabsstelle Klimaschutz

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Mitglieder des Beteiligungsbeirats
 3. Referat AKR
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III. nachrichtlich an:
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktionsgemeinschaft PULS
 7. Fraktion Freie Wähler
 8. AfD-Fraktion